

SPD kämpft für besseren Bahnhof

Filderstadt (rok) – Die SPD auf den Fildern will sich nicht mit der mageren Filderbahnhof-Variante abfinden, die nun ins Genehmigungsverfahren gehen soll. Der Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold und die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen in Filderstadt und in Leinfelden-Echterdingen, Walter Bauer und Erich Klausner, wenden sich an Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Sie bitten ihn dringend, „die von allen Seiten anerkannten und zwingend erforderlichen Verbesserungen bei der Planung des Filderbahnhofs, zu unterstützen“.

Man könne den Menschen vor Ort nicht erklären, warum die Landesregierung bisher keine ernsthaften Verhandlungen mit der Bahn zur Finanzierung der Mehrkosten am Filderbahnhof geführt habe. Es sei nicht hinnehmbar, dass bei einem Projekt von 6,5 Milliarden Euro ein vergleichsweise kleiner Betrag für die Filder zu viel sei und dort lieber eine schlechte Lösung umgesetzt werden solle. Der Filderdialog habe ein eindeutiges Ergebnis gebracht: „Die Antragsplanung der Bahn für den Flughafenbahnhof ist in der vorliegenden Form nicht akzeptabel.“ 200 Meter zwischen dem S-Bahnhof und dem geplanten Fernbahnhof seien eindeutig zu viel. Die Tieflage bedinge den Bau von Treppenhäusern und Aufzügen, um zum S-Bahnhof zu gelangen. Das Trio ist überzeugt, dass angesichts des steigenden Verkehrsaufkommens die Pläne für Stuttgart 21 optimiert werden müssen. Der Fernbahnhof müsse direkt unter der Flughafenstraße und damit weniger tief unter der Erde liegen.

Letzte Chance zum Gespräch nutzen

Die SPD-Riege befremdet zudem, dass die Landesregierung das Interesse der Stadt Leinfelden-Echterdingen nach Lärmschutzmaßnahmen ignoriert. Arnold und seine Mitstreiter schreiben an Kretschmann: „Es wäre für die politische Kultur in unserem Land unerträglich, wenn persönliche Vorbehalte bei dem einen oder anderen Verantwortungsträger gegenüber dem Gesamtprojekt jetzt auf Kosten der Filder ausgetragen werden.“ Der Ministerpräsident möge die letzte Chance zum Gespräch mit der Bahn nutzen, bevor das Planfeststellungsverfahren am 5. Juni eingeleitet werde.